

Greifswalder Beiträge
zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung
Band 16

Beiträge zur Regionalentwicklung
in Mecklenburg-Vorpommern



Forum für
Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung
an der Universität Greifswald

Greifswald 2005

Forum für
Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung an der Universität Greifswald
c/o Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie, Universität Greifswald

Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung
ISSN 0943-7371

Band 16 (2005):
W. STEINGRUBE (Ed.):
Beiträge zur Regionalentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern;
Selbstverlag, 1. Auflage, Greifswald 2005

Wie bisher werden die *Greifswalder Beiträge* ... 16 (2005) über die Tauschstelle der Universitätsbibliothek an die Bibliotheken aller mit Lehre und Forschung in der Geographie bzw. zum Themenkomplex Tourismus befassten Hochschulen im deutschen Sprachraum kostenlos (im Tausch gegen gleichartige Literatur) vergeben; andere Interessenten ggf. direkt den Herausgeber anfragen (Schutzgebühr 15 € plus Versandkosten).
Vertrieb über den Buchhandel erfolgt wegen der kleinen Auflage nicht.

Der Herausgeber ist ausdrücklich an der nicht-kommerziellen Weiterverbreitung der Informationen aus den *Greifswalder Beiträgen* ... 16 (2005) interessiert, natürlich nur unter korrekter Angabe der Quelle.
Jede Form kommerzieller Nutzung unterliegt dem strengen Urheberrecht.

Herausgeber: Prof. Dr. Wilhelm STEINGRUBE
i.N. Forum für Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung an der Universität
Greifswald, Makarenkostraße 22
17487 Greifswald
Tel.: 03834 – 86 45 40

Redaktion/Gestaltung: Dr. Wolfgang ALBRECHT (Redaktionsschluss 31.10. 2005)
Manuskript/Texte+Tabellen: Gudrun LAST, Marie-Luise FUNK;
Einbandkartogramm: Brigitta LINTZEN
Druck/Binden: Kiebu-Druck GmbH Greifswald

Für die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und enthaltenen Informationen sind allein die jeweiligen Autor(inn)en verantwortlich.

Wüstungen – ein Aspekt der Siedlungsnetzgestaltung durch die Regionalplanung im DDR-Bezirk Neubrandenburg vor 40 Jahren

Gertrud und Wolfgang ALBRECHT

0. Vorbemerkungen

Die Autoren waren von 1958 - 1971 (G. A.) bzw. 1962 - 1968 (W. A.) in der Regionalplanung (bis Mitte 1965: Gebietsplanung, danach Territorialplanung) des DDR-Bezirk Neubrandenburg tätig, einer nachgeordneten 'wissenschaftlichen' Einrichtung dessen staatlicher Verwaltung, gebunden an die Weisungen des Bezirksbauamtes [BBA] bzw. der Bezirksplankommission [BPK].

Mit dem Wüstungsphänomen waren wir nicht nur theoretisch durch unser Geographiestudium an der MLU Halle-Wittenberg 1953 - 1957 vertraut (wo SCHLÜTER, AUGUST und KÄUBLER eine Traditionslinie historischer Kulturlandschaftsforschung bildeten), sondern auch durch die v.a. auf Exkursionen vermittelte praktische Anschauung von Siedlungsvoll- und -teiwüstungen, insbesondere im Vorfeld großflächiger Tagebaue des Mitteldeutschen Braunkohlereviere sowie in den Bergschadensgebieten des Mansfelder Landes und Mährisch-Schlesischen Steinkohlereviere.

Nach Aufnahme unserer beruflichen Tätigkeit in Neubrandenburg begegneten uns Wüstungen v.a. als Folge der Vorbereitung (Anlage großflächiger Militärobjecte) und letzter Kämpfe des II. Weltkriegs, betrafen meist Splittersiedlungen und ganz selten Dörfer.

Der große Zustrom an Flüchtlingen und Umsiedlern aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße zwang trotz der sehr schwierigen Materiallage zum alsbaldigen Wiederaufbau, wo immer er möglich und sinnvoll erschien. Auch dadurch blieben Vollwüstungen fast nur auf Kleinstsiedlungen beschränkt. In dieser Siedlungsgrößengruppe (Mühlen, Forsthöfe, Abbaue der Separationszeit u.ä.) setzte sich der Wüstungsprozess aus vielfältigen Gründen bis 1989 langsam fort, gebiets- und zeitweise gebremst durch die Umnutzung der Objekte als Erholungsbauten.

In diesen quasi 'wildwüchsigen' Wüstungsvorgang erstmals systematisch – flächendeckend und beschleunigend – einzugreifen, war die Intention von Vorstellungen zur Siedlungsnetzgestaltung im Bezirk Neubrandenburg, die in dessen Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung [BGSD] bzw. Territorialplanung [BfT] zwischen 1964 und 1968 erarbeitet wurden (s. Diss. G. ALBRECHT 1972, S. 166-185 u. 248-255).

Angeregt durch den Vortrag von KLÜTER (auf der 30. Tagung des AK für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa im September 2003 in Greifswald) über 'Wüstungen in Vorpommern – gestern, heute, morgen' (s.a. den Beitrag von KLÜTER in diesem Band) befassten wir uns noch einmal mit dem damaligen, öffentlich nicht bekannten Material.

Die komplette Publizierung von Dissertationen war in der DDR prinzipiell nicht vorgesehen; da die von Gertrud ALBRECHT infolge ihrer kritischen Auseinandersetzung mit der staatlichen räumlichen Planung auf Betreiben der BPK Neubrandenburg als Vertrauliche Dienstsache [VD] eingestuft werden musste, durfte nicht einmal das Autorreferat in der Fachzeitschrift 'Geographische Berichte' [GB] publiziert werden (s. Brief der Redaktion vom 21.11.1973). Deshalb halten wir es aus disziplinhistorischen Erwägungen heraus für sinnvoll, hier und heute – sozusagen als Kontext zu KLÜTER – detaillierter über diesen speziellen Aspekt (Wüstung) zu informieren, als es andernorts bisher möglich war (G. ALBRECHT 1970; 1974).

Dabei ist zu beachten, das der Terminus 'Wüstung' (oder ein ähnlich 'destruktiver') wohl niemals in der räumlichen Planung der DDR verwendet wurde – weil nicht verwendet werden durfte (denn alle Bearbeiter waren gebunden an die offiziösen internen Sprachregelungen, die – zumeist auf der Basis von der Allgemeinheit unbekanntem SED-Beschlüssen/Direktiven höherer Ebenen – durch die Staatsorgane vorgegeben wurden), sondern positiv kaschiert war durch 'Konzentration', 'Verstädterung', 'Siedlungsnetzgestaltung' u.ä. Euphorismen.

Im Ergebnis unserer damals durch intensive Bereisung des Bezirkes Neubrandenburg im Zuge von Standortgenehmigungsverfahren gewonnenen detaillierten Gebietskenntnis sahen wir selbst einen gelenkten Konzentrationsprozess im Siedlungsnetz mit moderatem 'Rückbau' (ein Ersatzbegriff für 'Wüstung', der auch dem Verdikt unterlag) von Kleinstsied-

lungen aus funktionalen wie strukturalen Gründen als zwingend an, waren uns aber zugleich der auch behindernd wirkenden sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen wie Folgen bewusst. Jene bestanden v.a. im hohen Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften – in Folge der technologischen Rückständigkeit der intensiven Agrarwirtschaft –, für dessen Deckung die Einwohnerzahl der ländlichen Orte so hoch, deren Abwanderung (‘Landflucht’) so niedrig wie möglich zu halten waren; sogar gegenläufige Migrationen – ‘Industriearbeiter auf’s Land’ – wurden zentral initiiert. Wegen des Mangels an Investitionsmitteln mussten daher alle Altbauten weiter genutzt werden, auch wenn sie technologisch weder modernem Wohnen noch Produzieren entsprachen und deswegen eher kontraproduktiv wirkten. Die Modernisierung verlief meist kampagneartig, in Schüben; veraltete Altbauten wurden dann überwiegend durch preiswerte, relativ moderne Neubauten ergänzt. Erhaltung und Rekonstruktion oblagen zunehmend den Agrarbetrieben selbst, wurden von ihnen aber kaum allein entschieden, sondern ‘von oben’ vorgegeben. Die überörtlichen Netze und Objekte der Infrastruktur waren noch vollständig in anderer Zuständigkeit (Energie, Verkehr, Volksbildung, Gesundheitswesen ...), weswegen die Agrarwirtschaft sich gegen den Rückbau auch abgelegener Kleinsiedlungen heftig wehrte, der von jenen anderen aus zweigspezifischer Sicht begünstigt wurde. Typisch dafür ist der Ausspruch von H. KUHRIG (damals Minister für Landwirtschaft der DDR) in seiner Grundsatzrede auf dem XII. Bauernkongress der DDR am 13.5.1982 in Berlin: „Die DDR als ein dichtbesiedeltes Land mit hochintensiver Produktion auf allen Gebieten hat keine überflüssigen Dörfer oder Siedlungen.“ (Neues Deutschland 14.05.1982, S. 5). Seine Aussage zu den Dörfern war die schon lange tradierte, allgemein verbreitete Meinung; die zu den Siedlungen – hier den Orten, die kleiner als Dörfer sind – war die typische für die Landwirtschaft seit deren Kollektivierung 1961. Als sie so prononciert geäußert wurde, hatte aber der überörtliche Konzentrationsprozess in der Agrarproduktion längst begonnen, was KUHRIG letztlich ad absurdum führte (KRENTZ 1996).

1. Siedlungsnetzplanung Kreis Teterow 1963/64 [Karten 1.1 – 3.]

1.0. Vorbemerkungen

Das Planungsbeispiel ‘Kreis Teterow’ (heute Ostteil des Kreises Güstrow, zur Planungsregion Mittleres Mecklenburg/Rostock gehörig) wurde von der Abteilung Gebietsplanung im BGSD beim BBA Neubrandenburg 1964 unter Leitung von G. ALBRECHT bearbeitet, also in der 3. Etappe der räumlichen Planung (1960-1965) des Bezirkes (G. ALBRECHT 1972; 1974). Politische Grundlage war die Vorgabe des VI. Parteitages der SED vom Januar 1963 „die Qualität der Perspektivplanung [d.h. der langfristigen, eine 5-Jahrplan-Periode überschreitenden Planung/Anm. d. Autoren] zu untermauern und die Standortverteilung der Investitionen nicht nach zweigoptimalen, sondern komplex-territorialen Aspekten durchzuführen“ (a.a.O. S. 94).

1.1. Vorarbeit: Wirtschaftsräumliche Gliederung des Bezirkes Neubrandenburg 1963/64

Deshalb wurde zunächst die Komplexität der Territorialstruktur analysiert und daraus die Gliederung des Bezirkes in wirtschaftsräumliche Einheiten mittlerer Ordnung synthetisiert. Galt bis dahin der Bezirk als weithin homogenes Agrargebiet, zeigte sich nun – für die Geographen im BGSD nicht überraschend, da disziplininterner theoretischer Vorlauf bei JACOB (1957; 1959; 1961), NEEF (1958), OTREMBBA (1959), SCHMIDT-RENNER (1963), ZIMM (1956) bestand [Angaben zu diesen Quellen bei SCHOLZ 1968] – eine klare Dreiteilung in ‘agrare Kernzone’ (i.W. Grundmoräne), südlich-südwestlich vorgelagerte ‘Erholungszone’ (i.W. die Seenplatten mit Endmoränengürteln und Sandern) und ‘relativ industrialisierten Nordosten’ (i.W. Gebiet des spätglazialen Haffstausees).

Die Unterschiede in den jeweiligen territorialen Ressourcen, ihrer historischen und aktuellen Nutzung sowie dem Siedlungsnetz waren so ausgeprägt, dass das Ergebnis allseits akzeptiert wurde (G. ALBRECHT/v. KÄNEL 1968).

Die von G. ALBRECHT schon 1964 im ‘relativ industrialisierten Nordosten’ nachgewiesenen wirtschaftsräumlichen Einheiten unterer Ordnung (G. ALBRECHT 1966) fanden aber – obwohl wir später nochmals darauf Bezug nahmen (G. ALBRECHT/W. ALBRECHT 1981) – ebenso wenig allgemeine Akzeptanz wie die weitere innere Differenzierung der ‘agraren Kernzone’ noch in der mittleren Dimension durch W. ALBRECHT 1975.

Nach grundlegenden Ausführungen zur Methodik der wirtschaftsräumlichen Gliederung in der DDR 1968 klassifizierte SCHOLZ (übrigens ein Klassenkamerad von G. ALBRECHT 1949 bis zum Abitur 1953 an der Torgauer Oberschule) gemeinsam mit von KÄNEL 1969 das gesamte DDR-Gebiet anhand von öffentlich z.T. nicht zugängigen Strukturdaten (im Rahmen der Arbeiten am Atlas DDR) in dieser mittleren Dimension.

1.2. Siedlungsnetzplanung des Kreises Teterow 1964

Dieser Kreis in der 'agraren Kernzone' des Bezirkes Neubrandenburg wurde als Testgebiet/Experimentierfeld gewählt, weil hier Ansätze einer dynamischen Entwicklung der seit 1961 vollgenossenschaftlichen Landwirtschaft besonders auffällig in immer stärkeren Widerspruch zu Struktur und Ausstattung der Siedlungen sowie sozialen und technischen Infrastruktur (Versorgungseinrichtungen und -netze) gerieten.

Die Arbeitsmethodik ist bei G. ALBRECHT 1970 (S. 263/64) ausführlich genug dargelegt. Die Ergebnisse wurden verallgemeinert und – abgestimmt mit denen in anderen Bezirken – ... „1965 in der Arbeitsgruppe 'Siedlungsnetzwesen' des Ökonomischen Forschungsinstitutes [ÖFI] der SPK beraten und als Empfehlung zur Anwendung an alle Bezirke weiter geleitet“ (a.a.O. S. 265).

Aus der Sicht unserer Thematik gab es 2 Kernaussagen:

- Funktion und Größe agrarer Siedlungen werden vorrangig von der Landwirtschaft bestimmt, was aber nur für einige Dörfer eine reale Entwicklungschance bedeutet;
- für alle weiteren (neben den zentralen Orten) bestehenden Siedlungen wurde die perspektivische Funktion vorgeschlagen.

Die Karten 1.1. - 3. und die folgende Einschätzung (a.a.O. S. 265) machen deutlich, dass darunter auch 'Rückbau', also ein geplanter Wüstungsprozess, zu verstehen war. Immerhin wurden zwischen 75% und 95% aller ca. 125 Orte des Kreises davon bedroht, allerdings nicht unmittelbar, sondern letzten Endes. Über den Ablauf des Wüstfallens bestanden übrigens nur ganz unklare Vorstellungen, die zudem in der Praxis, z.B. bei Bürgermeistern, Gemeinderäten und Agrarbetrieben, auf heftigen Widerspruch stießen und deshalb ständig weiter zurück genommen werden mussten.

Die Überführung der neuen Erkenntnisse in die Investitionslenkung gelang aber doch nicht umfassend; immerhin wurde Siedlungsrückbau nicht mit aller Macht des zentralisierten Staatsapparates verhindert, sondern bei dauerhaftem Wegfall der siedlungsbildenden Faktoren und spontaner Abwanderungsbereitschaft der Einwohner letztlich sanktioniert, wie das Beispiel Friedrichshof, ehemals Vorwerk von Walkendorf, dann selbständiges Gut und als solches 1859 Geburtsort des Volkskundlers Richard WOSSIDLO, zeigt (HALAMA 2005).

„Vielmehr vollzog sich gerade in jener Zeit ein intensiver Prozess der Verfestigung des bestehenden zersplitterten, disproportionierten Siedlungsnetzes durch den forcierten Wohnungsbau auf dem Lande (der in verschiedenen Jahren ab 1964 bis zu 80% der Kapazität – ca. 3.000 WE/a – betrug)“ ... , vielfach an dispersen Standorten (G. ALBRECHT 1970, S.265). Der Einflussfaktor Landwirtschaft konnte von den Siedlungsnetzplanern zunächst in wesentlichen Aspekten seiner Entwicklung nicht realitätsnah und langfristig genug erfasst werden; das lag v.a. an den jähen, oft voluntaristischen Umschwüngen in der SED-Agrarpolitik, über die KRENZ (1996) – bezogen auf den DDR-Bezirk Neubrandenburg – ausführlich informiert. Auch waren die territorial-statistische Datenbasis generell unzureichend und schließlich die Gebietsplanung im System der Volkswirtschaftsplanung bis 1965 nicht ausreichend rechtlich verankert (G. ALBRECHT 1974).

1.3. Folgeuntersuchung: Entwicklungsvarianten ländlicher Siedlungssysteme 1965/66

Nach Installation der Territorialplanung durch Staatsratsbeschluss vom 2.7.1965 wurden durch das BfT Neubrandenburg (hervorgegangen aus der Abteilung Gebietsplanung des BGSD) praxishere Leitvorstellungen anhand detaillierter Variantenuntersuchungen der prognostischen Entwicklung ländlicher Siedlungssysteme von Orten unterschiedlicher Zentralität erarbeitet (Staven/heute MST; Dedelow/heute UM, Land Brandenburg; Ferdinands-hof/heute UER). Sie gingen zwar auch vom Primat der Agrarwirtschaft bezüglich des Tempos und Umfangs der Konzentration aus, forderten aber Aufwand-Nutzen-Analysen für die Entscheidung zwischen 'Konzentration durch Rückbau mit Neuinvestition am zentralen Standort' einerseits und 'Erhaltungsinvestition am dispersen Standort' andererseits. Außer-

dem wurde den Wünschen und Bedürfnissen der direkt betroffenen Betriebe und Bürger erstmals Einfluss eingeräumt.

Wüstfallen von Klein- und Kleinstsiedlungen wurde nicht prinzipiell ausgeschlossen, galt aber – ohne direkt erwähnt zu werden – generell als nicht aktuell, langfristig aber wohl doch nicht auszuschließen. Das entsprach auch den Intentionen des VII. Parteitag der SED 1967.

Damit schien die Phase der offiziell forcierten, aber öffentlich weitgehend tabuisierten Wüstungsprozesse für das Siedlungsnetz des DDR-Bezirk Neubrandenburg beendet (G. ALBRECHT 1974, S. 95).

2. Variantenuntersuchung 1967 zur prognostischen Entwicklung des Siedlungsnetzes im DDR-Bezirk Neubrandenburg bis 2000 (Verstädterungsprozess) [s. Karten 2.0 - 6]

2.0. Vorbemerkungen

1967 hatten sich die Siedlungsnetzplaner (Geographen, Agrarwissenschaftler, Landschaftsgestalter u.a.) des BfT Neubrandenburg in der Auseinandersetzung um den Widerspruch zwischen den äußerst engen Möglichkeiten/Potentialen/Ressourcen des Staates/der Gesellschaft und ihrem ursprünglich ebenso langfristigen wie aufwändigen Ideal einer optimalen Siedlungsstruktur also bereits zu pragmatischen Vorstellungen durchgerungen.

Die Leitung des Planungsbüros (Dipl. Arch. K. KLUGE) hingegen beharrte zunächst weiter auf alten Positionen. Wohl auf eigene Kappe (also ohne Auftrag der BPK und ohne Absicherung durch einen entsprechend interpretierbaren Beschluss einer 'höheren' SED-Instanz), vielleicht angeregt durch phantasievolle Elaborate sowjetischer Architekten über Agrostädte als Siedlungsform der Zukunft im ländlichen Raum (die als Arbeitsübersetzungen von der Bauakademie der DDR – der früheren Arbeitsstätte von KLUGE – verbreitet wurden), veranlasste er eine 'Variantenuntersuchung zur prognostischen Entwicklung des Siedlungsnetzes im Bezirk Neubrandenburg bis 2000', in deren Vordergrund, rein quantitative, also formale Aspekte eines willkürlich gelenkten Konzentrationsprozesses der Bevölkerung zu stehen hatten.

Wohl um nicht schon die Aufgabenstellung von vornherein der geballten fachlichen Kritik nicht nur seiner 'maßvollen' Siedlungsnetzplaner (durch deren informelle überbetriebliche Vernetzung mit den BfT aller Bezirke, dem ÖFI und der FLS der SPK sowie v.a. mit wissenschaftlichen Institutionen der Geographie, Territorialökonomie und -soziologie) auszusetzen, wurde nicht ihnen die Bearbeitung übertragen, sondern W. ALBRECHT als dem Leiter der Gruppe Territorialdokumentation des BfT. Alle womöglich kritischen Gespräche zwischen Auftraggeber und Bearbeiter sollten dadurch wohl leichter vertraulich gehalten werden können; allerdings war die Abteilung Siedlungsnetzplanung durch den familialen Austausch der Autoren auf dem Laufenden.

Einwohner und Orte waren lt. Auftraggeber als frei manipulierbare Faktoren zu handhaben, was die Aufgabe u.E. zur reinen Spekulation machte. Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Folgen, Kosten, Akzeptanz und Vernetzung mit Entwicklungsprozessen anderer Elemente der Territorialstruktur wurden zwischen Auftraggeber und Bearbeiter zwar erörtert, hatten aber als letztlich unbeachtlich zu gelten. Zahlreiche Varianten wurden zwar durchgerechnet und standörtlich skizziert, doch schließlich nur die auf den Karten 2.1 - 6 dargestellten fixiert; zugleich wurde jede direkte Information darüber nach außen strikt unterbunden.

2.1. Die 'Variantenuntersuchung ...' (s. Karten 2.0 - 6)

Basis (Karte 2.0) war die Konfiguration des bezirklichen Siedlungsnetzes 1966, das ziemlich gut dem Schema CHRISTALLERS als System hierarchisch gestufter zentraler Orte entsprach, mit Neubrandenburg als einzigem (damals aber noch unvollkommenem/die Autoren) Oberzentrum, 10 Mittelzentren (9 der 13 Kreisstädte + Torgelow), 28 Unterzentren (die 4 restlichen Kreisstädte sowie 24 Kleinstädte bzw. Dörfer mit i.d.R mindestens je ca. 2.000 Ew). Als unterste Stufe wurden ca. 1.350 Orte dargestellt, darunter alle Gemeindehauptorte (nicht gekennzeichnet), die als disperse Dörfer (fast durchweg ≥ 100 Ew) aufzufassen sind; Kleinstsiedlungen (< 100 Ew) sind gar nicht erfasst.

Nach unserem heutigen Kenntnisstand – Ergebnis der ausgiebigen Bereisungen zwecks Inventur der S/H/G (s. Beiträge der Autoren in diesem Band sowie in GB RFTF 14 [2003]) – dürften das etwa noch mal so viele Siedlungen gewesen sein, insgesamt also mind. 2.500.

Der Verstädterungsgrad (Anteil der Ew in Orten ≥ 2.000 Ew an der Gesamtzahl der Ew) betrug nach unseren Ermittlungen 52% und damit etwas weniger als bei der Berechnung auf Gemeindebasis durch die Bezirksstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik [SZS]. Für den Zeitraum 1966 - 2000 wurde auf Verlangen des Auftraggebers ein wohl auf der Basis von Berechnungen der SZS prognostiziertes Bevölkerungswachstum von 260.000 (640.000 auf 900.000), also ca. + 40%, zu Grunde gelegt.

Variante 1 (Karte 2.1) ist die mit dem geringsten Konzentrationsgrad, da sie sich an die in 1.3 dargelegten Untersuchungen anlehnt.

Die Bevölkerungszahl der ländlichen Siedlungen wird um 50% reduziert, aber alle Orte > 50 Ew bleiben erhalten. Die so 'verfügbare' Bevölkerung und der 40%-Zuwachs werden auf die in Karte 2.0 dargestellten zentralen Orte (Zuwachs ca. 300%) sowie etwa 80 weitere 'Hauptdörfer' (mit jeweils mind. 1.500 Ew) verteilt.

Der Verstädterungsgrad wurde auf 75% gesteigert; die Zahl der Städte dürfte dabei ebenfalls leicht angestiegen sein.

Wie Karte 2.1 erkennen lässt, wurden dabei vorhandene Entwicklungsansätze (MTS-Standorte) beachtet. Über das Schicksal der Kleinstsiedlungen wurde keine Aussage gemacht, doch ist verstärktes Wüstfallen logische Konsequenz.

Während sich in der agraren Kernzone des Bezirkes doch ein dichtes, u.E. hierarchisch noch besser als 1966 gegliedertes Siedlungsnetz abzeichnet, ist dessen Ausdünnung im 'relativ industrialisierten NO' und v.a. in der 'Erholungszone des S/SW' unübersehbar. Diese Tendenz wurde wohl auch deshalb gebilligt, weil sich gerade dort immer ausgedehntere militärische Flächennutzung durchsetzte, sowohl die Entwicklung des Erholungswesens wie des Natur- und Landschaftsschutzes behindernd.

Variante 2 (Karte 2.2) beinhaltet nur eine geringe weitere Erhöhung des Verstädterungsgrades (auf 78%, also um + 3% im Vergleich mit Variante 1), aber der ist mit einem enormen Konzentrationsprozess verbunden: Nur 70% der anfangs kartographisch erfassten Dörfer bleiben erhalten, bei Reduktion ihrer Bevölkerung um \emptyset 50% auf 100 - 200 Ew; 30% aller Orte fallen wüst. Da auf den Originalkarten ausdrücklich vermerkt wird: „Orte bis 100 Ew verschwinden“, ist damit auch das Schicksal der ja bisher noch nicht genannten Kleinstsiedlungen klar. Die 'freigesetzte' Landbevölkerung sollte über Variante 1 hinaus i.W. Neubrandenburg zugute kommen (auf 400% von 1966!).

Unter Berücksichtigung der von uns für plausibel gehaltenen Größenordnung bedeutet also schon Variante 2 die Liquidation der größeren Hälfte aller Siedlungen des Bezirkes!

Damit wäre die Siedlungsdichte erheblich stärker zurückgegangen, als das Karte 2.2 darstellt, weil ja die Kleinstsiedlungen auch schon in den Karten 2.0 und 2.1 fehlen, obwohl sie real bzw. möglicherweise noch existierten.

Variante 3 (Karte 2.3) liegt eine noch viel stärkere Konzentration zu Grunde, die aber doch nur nochmals eine Erhöhung von 2% auf 80% Verstädterungsgrad mit sich bringt. Nur noch jeder 3. der 1966 kartierten Orte bleibt, 2/3 aller aber verschwinden!

Neubrandenburg wächst stärker, die Gruppe der Mittelzentren differenziert sich deutlicher. Die Zahl der (statistischen) Städte wächst auf über 100, neben ihnen existieren nur noch ca. 400 Dörfer mit mindestens je 300 Ew.

Die Ausdünnung des Siedlungsnetzes nimmt im NO bzw. S/SW bereits so bedrohliche Ausmaße an, dass Funktionieren und Inanspruchnahme der infrastrukturellen Netze und Einrichtungen nur mit großem Aufwand durch die Betreiber und Nutzer zu realisieren sein dürften (aber diese Überlegungen waren weisungsgemäß kein Bestandteil des Untersuchungsergebnisses).

Varianten 4 - 6 (Karten 2.4 - 6) postulieren einen Verstädterungsgrad von 100%, differenzieren aber den Konzentrationsgrad. Von den Ausgangsorten verbleiben gerade mal 120 (6%!) bzw. 60 (3%!!), d.h. 94-97% aller Orte werden planmäßig liquidiert, zu Wüstungen gemacht.

Neubrandenburg wächst exorbitant auf 250 - 300.000 Ew., d.h. 600 - 750% von 1966!

Die Mindestgröße der dispersen Kleinststädte steigt von Variante 4 (ca. 100 mit je > 2.000 Ew.) in den Varianten 5 und 6 (nur noch ca. 50 mit je > 5.000 Ew.).

Im typischsten Agrarbezirk der DDR hätte es nach diesen Gedankenspielen keine Dörfer mehr gegeben, wohl aber 60 bis 120 Städte als potenzielle Tummelplätze für Stadtplaner und Architekten.

Natürlich waren alle Varianten außer der Variante 1 weitab jeder Realisierbarkeit. Noch weiter weg von jeder Akzeptanz und Durchsetzbarkeit aber waren die als Kehrseite der kartographisch dargestellten Konzentration wohlweislich nur aus den knappen beigegebenen Daten erschließbaren Rückbauprozesse, also die Wüstung. Der Vorschlag des Bearbeiters W. ALBRECHT, jeder Karte der Konzentrationsvarianten eine der Liquidationsvarianten (einschließlich der Klein- und Kleinstsiedlungen) gegenüber zu stellen, wurde vom Auftraggeber wegen vorgeblich darstellerisch-technischer Schwierigkeiten (zu viele Orte?) abgelehnt. Entgegen allen internen Gepflogenheiten durfte dem Kartensatz kein Erläuterungsbericht beigegeben werden; die Interpretation behielt sich der Auftraggeber selbst vor. Nur Dank der Einbeziehung in die kritische Analyse aller siedlungsnetzplanerischen Arbeiten des BfT im Rahmen der Dissertation von G. ALBRECHT blieb jener überhaupt erhalten. Damit hatte die Siedlungsnetzplanung des BfT eine irrationale Dimension erreicht, die wir fachlich mitzutragen nicht bereit waren.

Als Konsequenz aus dem zunehmend unwissenschaftlichen und autoritären Leitungsstil nutzten wir die jeweils erste sich bietende Gelegenheit, das Planungsbüro zu verlassen (1968/W. A. bzw. 1969/G. A.); erst seit 11/1971 arbeiteten wir wieder gemeinsam, nun als Wissenschaftliche Oberassistenten im Wissenschaftsbereich Allgemeine politische und ökonomische Geographie der Sektion Geographie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der EMAU Greifswald.

Unsere eigenen, realistischeren Vorstellungen konnte W. ALBRECHT – inzwischen ja frei von der direkten Kontrolle durch das BfT – in den GB Ende 1969 publik machen. Erstmals wurde hierbei auch die Dialektik von Konzentration und Wüstung öffentlich angesprochen: „... vorrangig dürfte die Migration zur Liquidierung der kleinen, meist abgelegenen Wohnplätze führen und damit die Effektivität der infrastrukturellen Grundfonds schon bedeutend verbessern“ (a.a.O. S. 188).

1974 sah G. ALBRECHT (wie schon in ihrer unveröffentlichten Dissertation 1972) die 'Variantenuntersuchungen...' vorsichtig kritisch (S. 95): „Die dabei erarbeiteten 'Vorzugsvarianten' waren allerdings durch Überbewertung von Tempo und Grad des Konzentrationsprozesses charakterisiert, wodurch ihre Praxiswirksamkeit eingeschränkt wurde.“

Real hieß das, sie verschwanden alsbald in der Schreibtischschublade, spielten in den folgenden Phasen der Siedlungsnetzgestaltung keine Rolle und wurden auch von ihrem Auftraggeber in der ebenfalls zur Chefsache erklärten Folgeuntersuchung weder erwähnt noch verwendet.

2.2. Folgeuntersuchung: Ermittlung von Siedlungskategorien [SK]

Der in die Forderung nach rationeller Grundfondswirtschaft (14. Plenum ZK SED 1970) mündende ständige Mangel an volkswirtschaftlich verwertbaren Ressourcen zwang nämlich auch die BfT-Leitung zur ... „Überarbeitung der Vorstellungen zur prognostischen Entwicklung der Siedlungsstruktur des Bezirkes“ ..., wofür ... „umfangreiche Ermittlungen zu Struktur und Funktion aller Orte durchgeführt wurden“ ... , (G. ALBRECHT 1974, S. 95), als deren Ergebnis v.a die Einordnung in 7 SK galt. KLUGE engagierte sich in diesen Untersuchungen sehr stark – dabei wohl strikt auf der Linie der SPK/BPK agierend – für die aus siedlungsgeographischer Sicht unsystematische Verquickung analytischer und prognostischer Siedlungsmerkmale (KLUGE 1975). Da insbesondere Siedlungen der untersten SK 7 liquidationsgefährdet waren, wurde diese oft gar nicht explizit ausgewiesen (es blieb dann bei 'unterhalb SK 5'); außerdem wurden die Termini 'Rückbau', 'Entleerung', 'Liquidation', und insbesondere 'Wüstung' generell vermieden.

Durch deutliche Gegenüberstellung von Analyse-SK und Planungs-SK die allgemeine „Anwendbarkeit der SK zu vereinfachen und dadurch die Besonderheiten jeder Siedlung auf ihrem Entwicklungsgang vom gegenwärtigen zum geplanten Zustand zu erhellen“, konnte G. ALBRECHT 1974 (S. 96) für die 5. Etappe der Siedlungsnetzplanung (ab 1971) zwar noch als notwendig erachten; es kam letztendlich in den zuständigen BfT aber doch nicht dazu.

3. Resümee

Der Wüstungsprozess ging 'ungeplant' weiter, aber natürlich viel langsamer, als das alle, selbst die 'maßvollen' Siedlungsnetzplanungen der 1960er Jahre vorgesehen hatten.

Keine wissenschaftliche Institution beobachtete und dokumentierte u.W. in der DDR diesen Vorgang systematisch, so dass sein wahres Ausmaß und dessen Ursachen nicht nur im DDR-Bezirk Neubrandenburg verborgen blieben. Er muss immerhin so bedeutend gewesen sein, dass er schließlich der Agrarwirtschaft Sorgen bereitete; so lebten z.B. im Ortsteil Spiegelsdorf der Gemeinde Neu-Boltenhagen im Landkreis Greifswald des Bezirkes Rostock in der Spätphase der DDR endlich nur noch mehrere 100 Schweine, während die einstmals 4 Bauerngehöfte wüst lagen.

Nur daraus ist die eingangs zitierte Äußerung von KUHRIG zu erklären; sie bremste sicher vorübergehend den Wüstungsprozess, vermochte ihn aber wohl nicht zu stoppen, da die systemintern objektiven Konzentrationstendenzen in Agrarproduktion, Infrastruktur und Wohnungsbau generell weiter wirkten.

Erst mit dem Zusammenbruch der 'Plan'-Wirtschaft der DDR, der Implosion ihres politischen Systems und deutschen Wiedervereinigung änderten sich die Ursachen und Bedingungen für diese Prozesse grundsätzlich: Doch das gehört hier nicht mehr zu unserer Thematik.

Literatur

ALBRECHT, G. (1966): Beitrag zur Kenntnis der Wirtschafts- und Siedlungsnetzstruktur des Bezirkes Neubrandenburg, erläutert am Beispiel des Kreises Ueckermünde.

In: WZ MLU Halle-Wittenberg XV, MNR 1, S. 1-14 [Mitt. Geogr. Inst. MLU; 9].

dies. (1970): Erfahrungen bei der Gestaltung des Siedlungsnetzes im Bezirk Neubrandenburg. In: Geographische Berichte [GB] 57, 4, Leipzig, S. 262-269.

dies. (1972): Die Siedlungsstruktur des Bezirkes Neubrandenburg als Objekt territorialer Planung von 1945-1971: Erfahrungen und Probleme der Siedlungsnetzplanung. (unv. Diss. MNF/EMAU Greifswald).

dies. (1974): Die Siedlungsstruktur des Agrarbezirkes Neubrandenburg als Objekt territorialer Planung von 1945 bis zur Gegenwart. In: WZ EMAU XIII, MNR 1/2, Greifswald, S. 91-97.

ALBRECHT, G.; v. KÄNEL, A. (1968): Probleme der Siedlungsentwicklung im Bezirk Neubrandenburg. In: WZ EMAU XVII, MNR 1/2, Greifswald, S. 87-97.

ALBRECHT, G.; ALBRECHT, W. (1981): Naherholung in Wirtschaftsräumen unterer Ordnung im Nordosten des Bezirkes Neubrandenburg.

In: Wiss. Abh. GG DDR, 15, Gotha/Leipzig, S. 229-243.

ALBRECHT, W. (1965): Überlegungen zur Entwicklung der Städte im Bezirk Neubrandenburg. In: GB 37, 4, Gotha/Leipzig, S. 276-296.

ders. (1969): Probleme der territorialen Entwicklung des Bezirkes Neubrandenburg im Prognosezeitraum. In: GB 52/53, 3/4, Gotha/Leipzig, S. 184-195.

ders. (1975) Ökonomisch-geographische Grundzüge des Bezirkes Neubrandenburg.

In: Entwicklung der Territorialstruktur im Nordgebiet der DDR. Neubrandenburg, S. 21-39 [Exkursionsführer I/Geographenkongress der DDR].

HALAMA, A. (2005): Keine Spur mehr von Wossidlos Geburtsort. In: OZ.22./23.10.2005, S. 9.

v. KÄNEL, A.; SCHOLZ, D. (1969): Wirtschaftsräumliche Struktureinheiten mittlerer Ordnung in der DDR. In: PGM 113, 3, Gotha, S. 167-173.


KLUGE, K. (1975): Die Entwicklung der Siedlungsstruktur des Bezirkes Neubrandenburg.

In: Wiss. Abh. GG DDR, 12, Gotha/Leipzig, S. 93-104.

KRENZ, G. (1996): Notizen zur Landwirtschaftsentwicklung in den Jahren 1945-1990. Erinnerungen und Bekenntnisse eines Zeitzeugen aus dem Bezirk Neubrandenburg. Schwerin.

SCHOLZ, D. (1968): Zur Methodik der wirtschaftsräumlichen Gliederung der DDR.

In: PGM 112, 1, Gotha, S. 28-36.

 **GEOGRAPHISCHE GESELLSCHAFT**
 DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
 - Redaktion Geogr. Berichte -

Frau Leipzig, den 21.11.1973
 Dr. Gertrud Albrecht
 22 Greifswald
 Karl-Behrendt-Weg 15

Sehr geehrte Frau Dr. Albrecht!


Aus Vertraulichkeitsgründen kann Ihr Autorreferat leider nicht in den Geographischen Berichten veröffentlicht werden.

Wir danken Ihnen für Ihre Mühe und den beiliegend das Manuskript zurück.

Mit freundlichem Gruß
G. Kramer
 Dr. G. Kramer
 Redaktionssekretär

Ag 502/16/75 316 810 Sekretariat: 701 Leipzig, Dimitroffplatz 1 · Telefon 389 15

MINISTERRAT
 DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
 STAATLICHE PLANKOMMISSION
 Forschungsleitstelle für Territorialplanung


 Ernst-Moritz-Arndt-Universität
 Sektion Geographie
 Herrn Prof. Dr. sc. Bentzien

22 Greifswald
 Ludwig-Jahn-Straße 16

Ihre Zeichen Ihre Niederschrift vom Hauruf Unsere Zeichen
 108 BERLIN Leipziger Straße 5-7
 232 4388 sche-re 12. 12. 1973

Betreff:

Sehr geehrter Herr Professor Bentzien!

Gegen eine Veröffentlichung der von Ihrer Kollegin Dr. Albrecht erarbeiteten zwei Manuskripte haben wir aus Gründen des Geheimnisschutzes keine Einwände. Ich empfehle, außerdem eine Zustimmungserklärung der Bezirksplankommission Neubrandenburg einzuholen.

Mit sozialistischem Gruß
Oswald
 Dr. Ostwald

Telefon 232/Hauruf Fernschreiber 011381
 Benutzzeit: Dienstag von 9-14 Uhr
 Freitag von 9-18 Uhr

Anmerkung: (G. ALBRECHT)

Die Redaktion der GB revidierte ihre Ablehnung auch nicht, als ihr die Zustimmung zur Veröffentlichung durch die Forschungsleitstelle [FLS] der Staatlichen Plankommission [SPK] vom 12.12. 1973 bekannt wurde; ob dem eine Rückfrage der Redaktion bei der BPK Neubrandenburg vorausging, blieb mir unbekannt.

Anmerkung: (W. ALBRECHT)

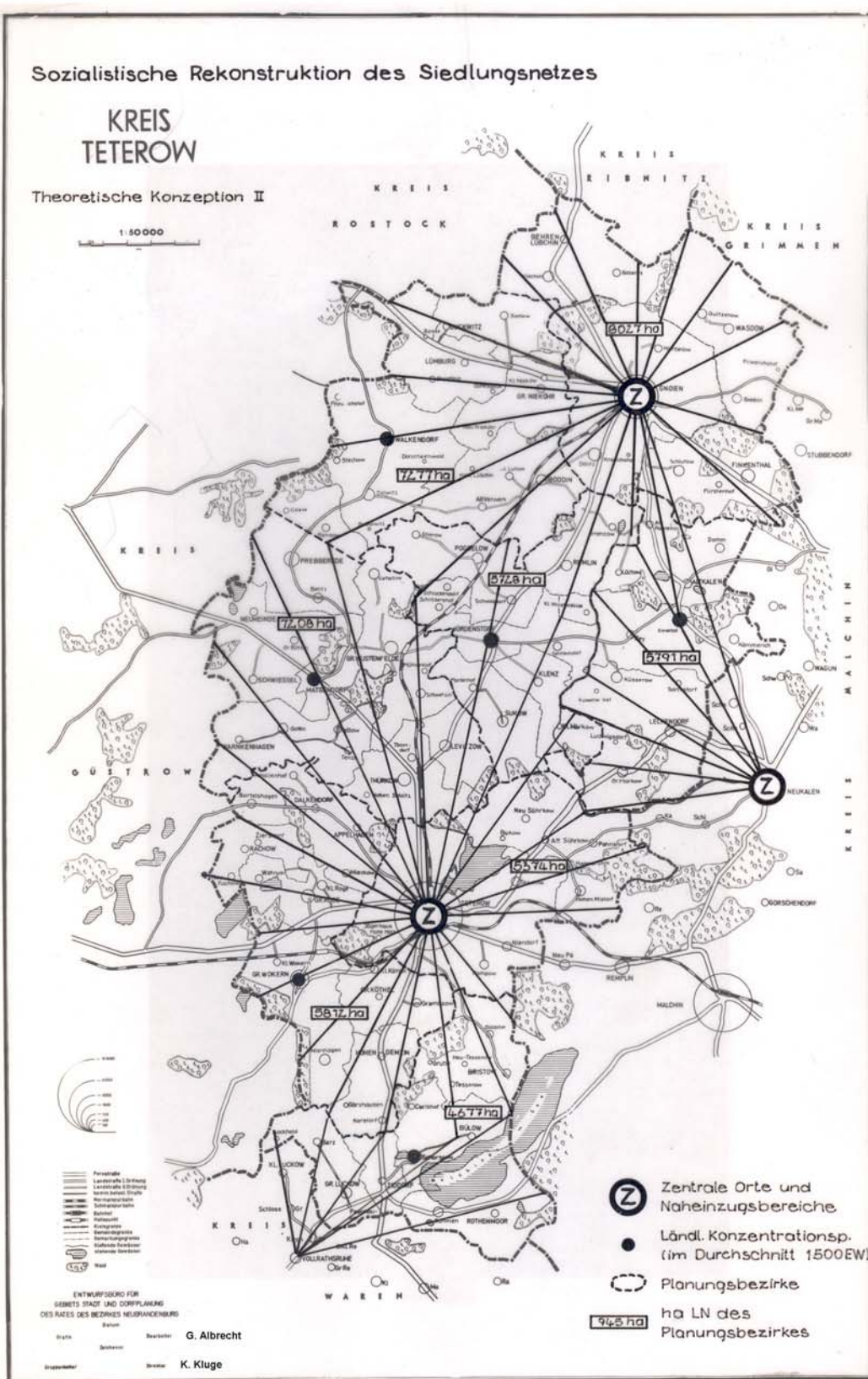
Als Wissenschaftlichem Sekretär des Sektionsdirektors (Prof. Dr. B. BENTHIEN) oblag mir damals die Erledigung eines großen Teiles des laufenden Geschäftsverkehrs der Sektion Geographie (i.A. des Sektionsdirektors).

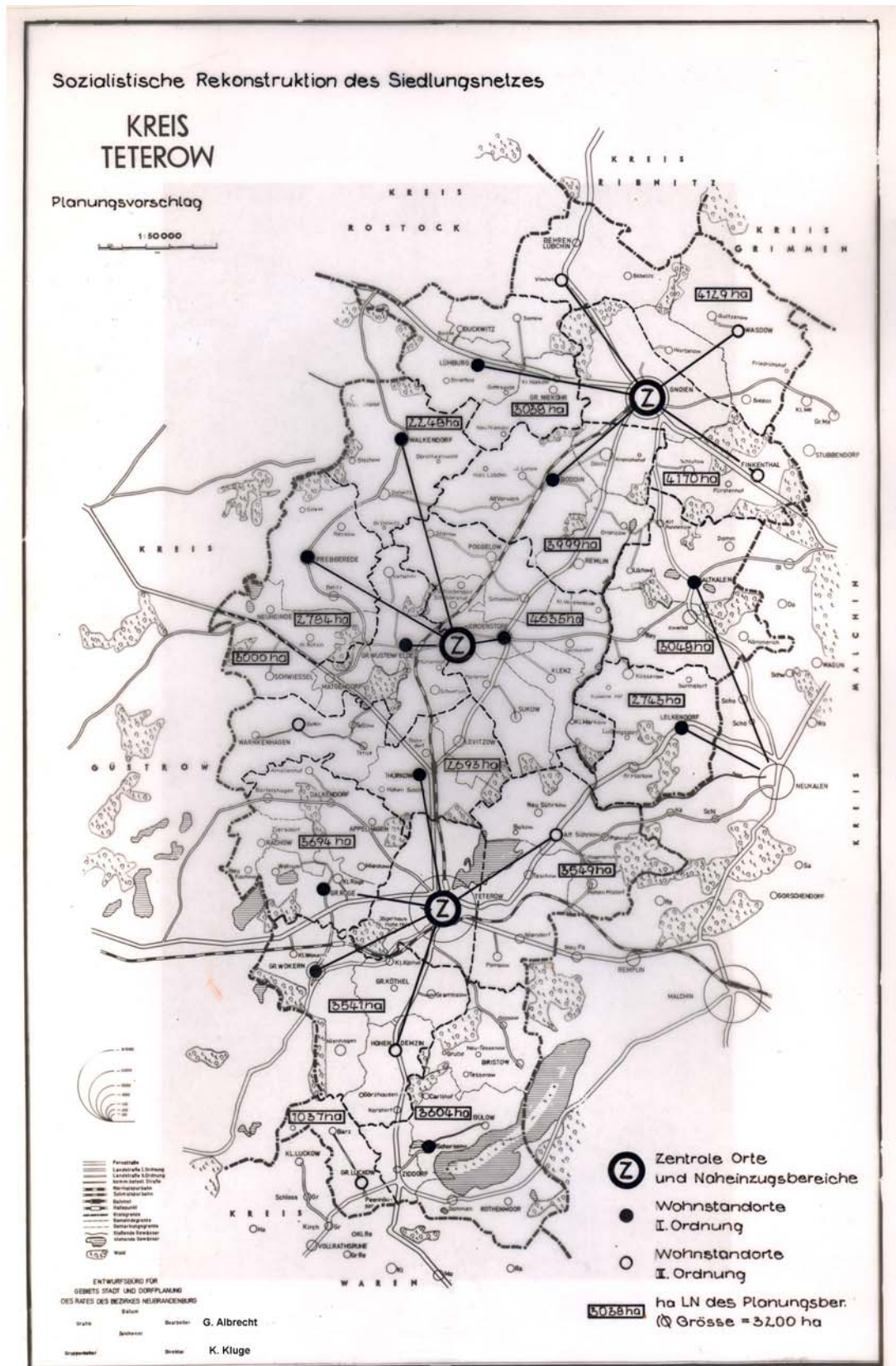
Die von der FLS der SPK empfohlene Zustimmungserklärung zur Veröffentlichung der (auf ihrer Dissertation beruhenden) Manuskripte von G. ALBRECHT wurde bei der BPK Neubrandenburg brieflich erbeten. Erst auf telefonische Rückfrage erklärte deren stellvertretender Vorsitzender (G. HÖRR) ebenfalls telefonisch, dass BPK und BfT auf der VD-Einstufung beharren und keine Veröffentlichung wünschen.

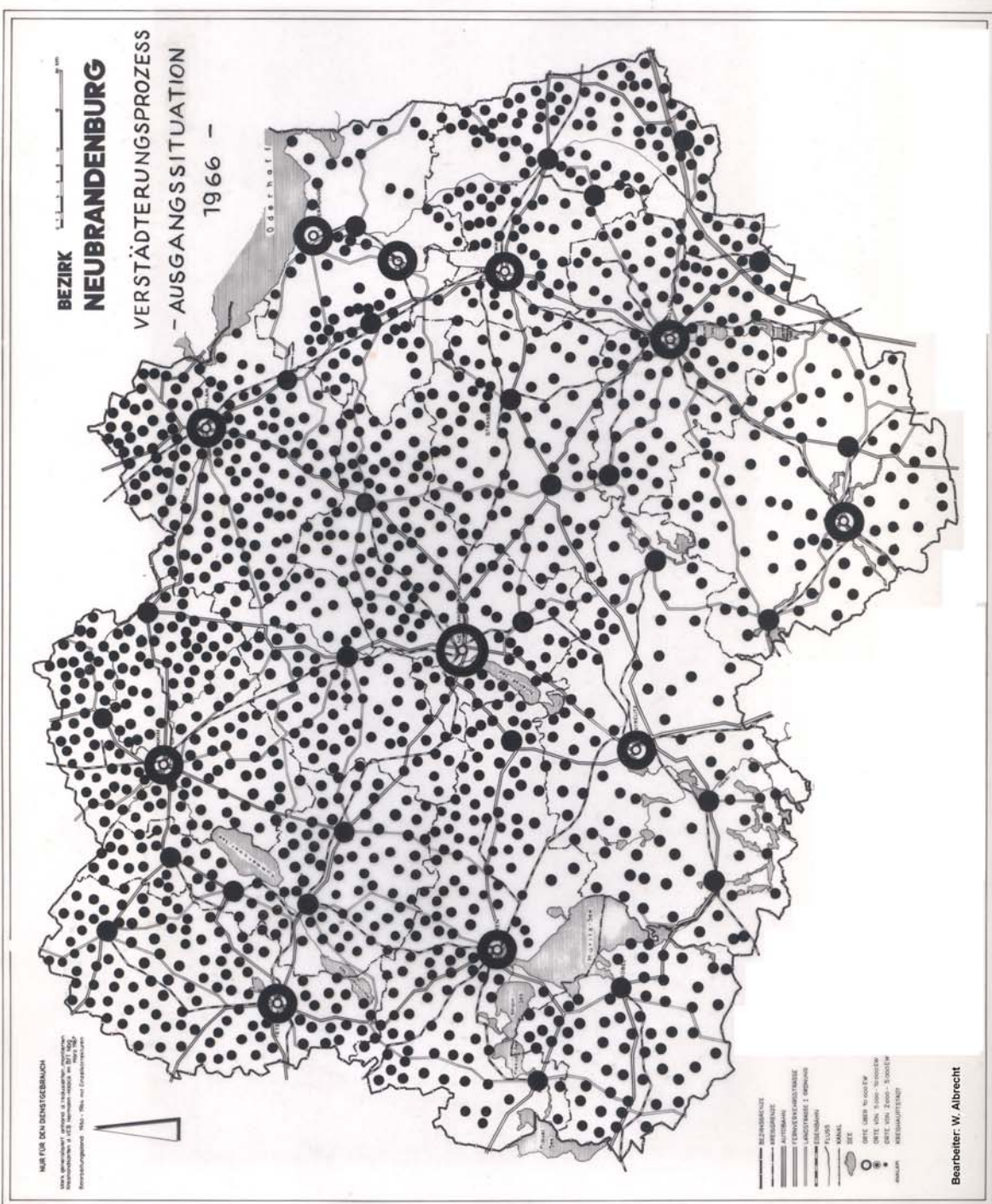
Wir interpretierten diese ablehnende Haltung als Ausdruck der Betroffenheit durch die kritische Sicht auf Entwicklung, Methoden, Instrumente und Ergebnisse der räumlichen Planung im Bezirk Neubrandenburg; die offiziell dafür Verantwortlichen wollten (durften?) sich der öffentlichen Information und Diskussion nicht stellen.

Ergänzende Anmerkung: (G. ALBRECHT)

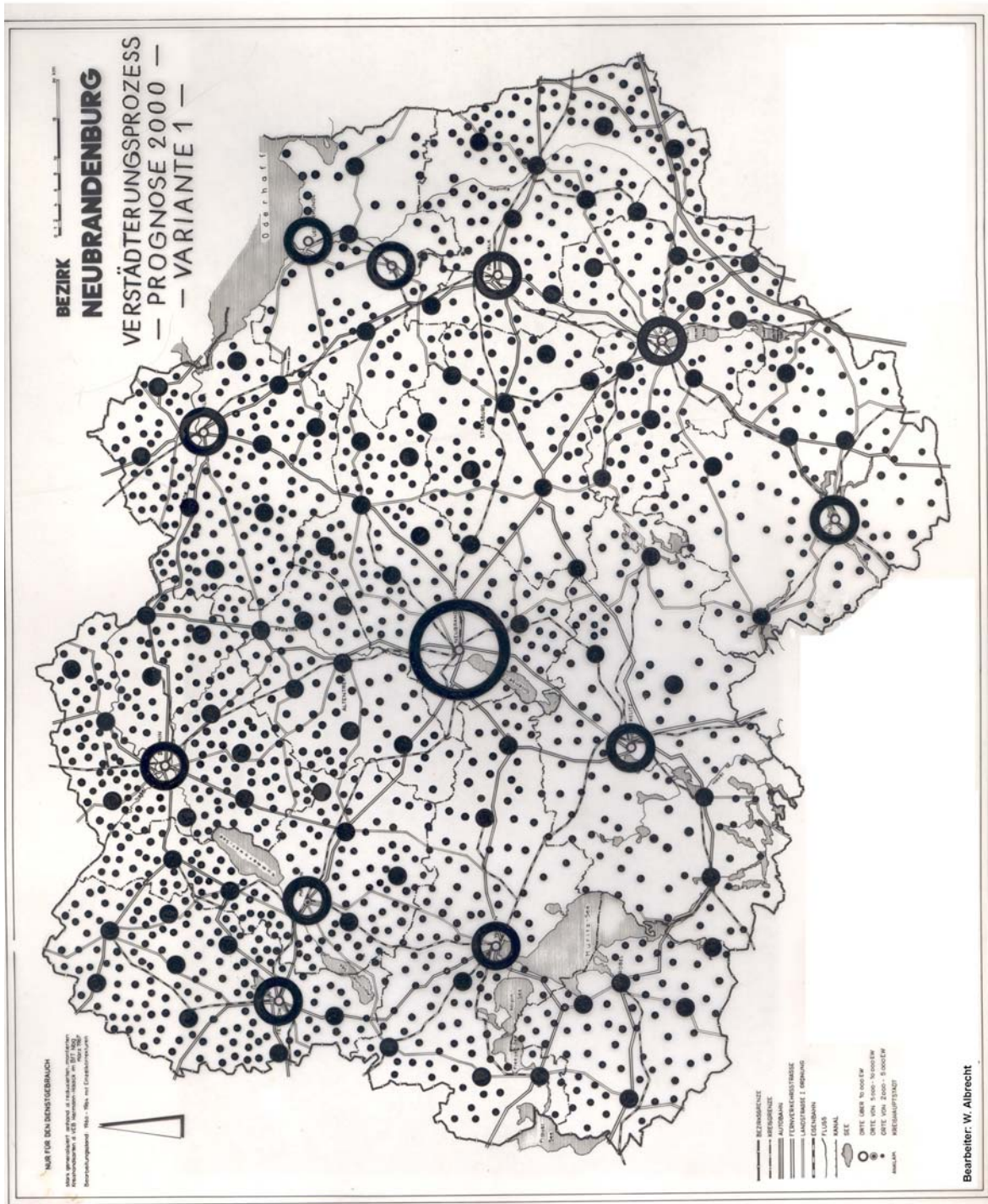
Die Universitätsleitung teilte diese Position erfreulicherweise nicht; gestützt auf die Zustimmung der FLS der SPK und eine bis dahin folgenlose Vorveröffentlichung von Teilergebnissen in den GB 1970 konnte mein Autorreferat (aber nicht als solches kenntlich gemacht) in der Wissenschaftlichen Zeitschrift [WZ] der Ernst-Moritz-Arndt-Universität 1974 erscheinen (übrigens ohne spätere Sanktionen seitens BPK und BfT Neubrandenburg).



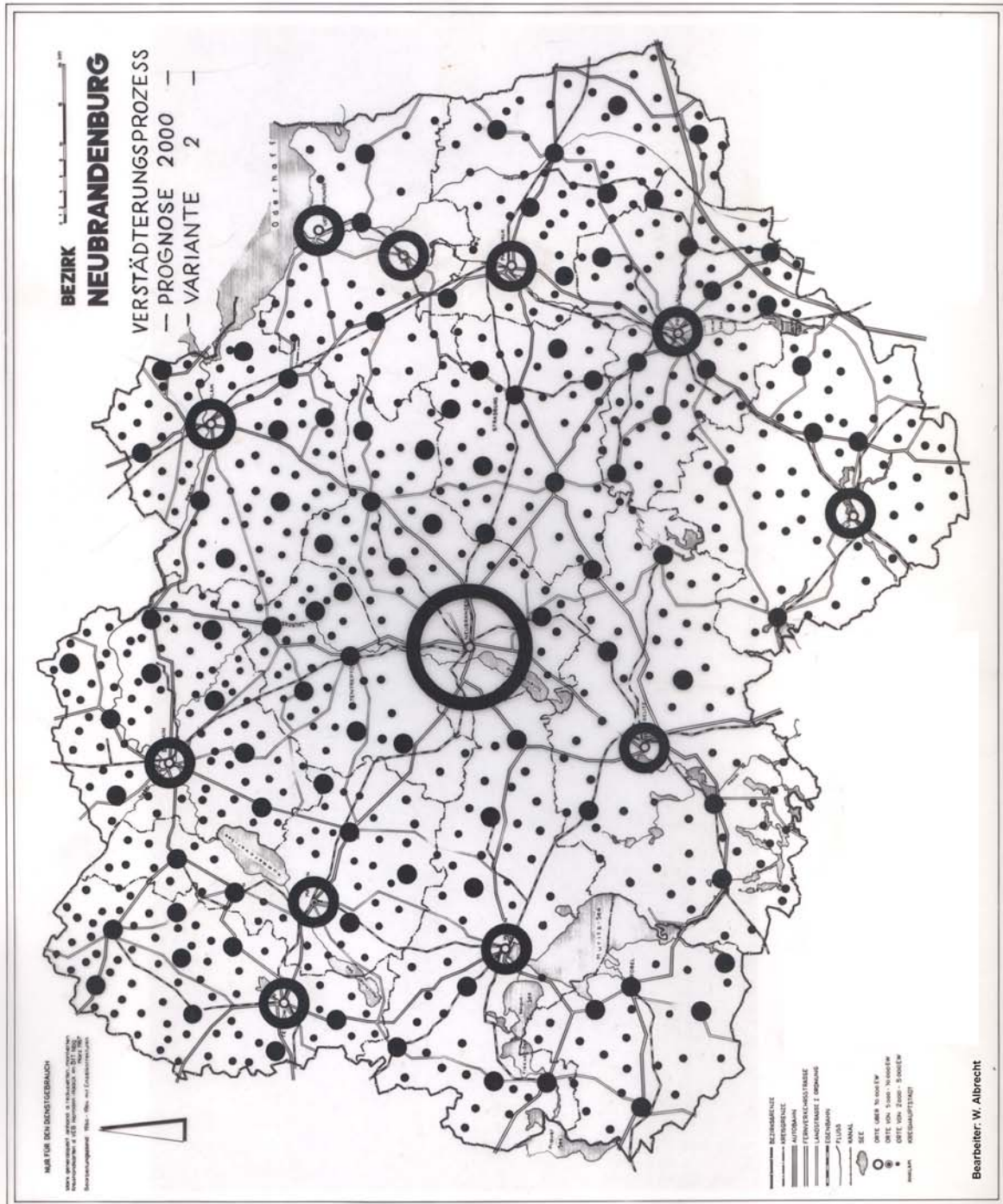




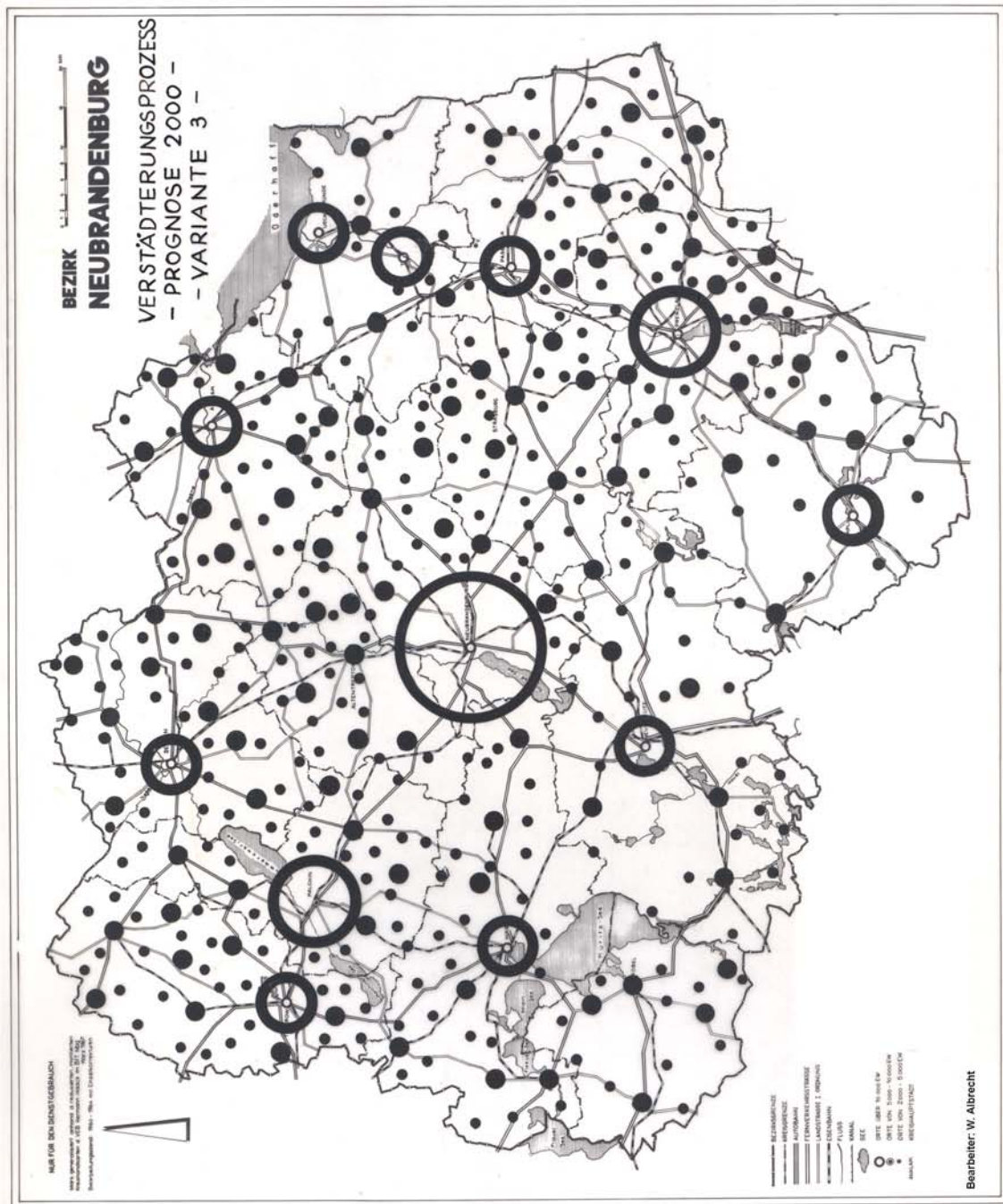
Karte 2.1



Karte 2.2



Karte 2.3



Karte 2.4

